

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

25.9.1922 (No. 223)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. d.,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für September 105 A — Einzelnummer 4 A — Anzeigengebühr: 6 A für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegenheiten sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

** Die Arbeitsmarktlage zeigt in der Berichtswochen eine Neigung zur Verschlechterung. Ist auch die Zahl der unterstutzten Erwerbslosen annähernd die gleiche geblieben, so hat doch die Zahl der Erwerbslosen durch verschiedene Betriebs-einschränkungen eine nicht ganz unbeträchtliche Zunahme erfahren. Im einzelnen gestaltete sich die Lage wie folgt:

Die Landwirtschaft zeigt das in den letzten Wochen übliche Bild des Mangels an Arbeitskräften. Auch an Steinerrechner konnte der Bedarf nicht befriedigt werden. In der Eisenindustrie sind wegen Rohstoffmangels verschiedene Betriebs-einschränkungen vorgenommen worden. Auch die Holzindustrie ist durch den Rohstoffmangel an Holzwarenindustrie gezwungen. Nur die Schwarzwalder Holzindustrie bietet noch weitere gute Beschäftigungsmöglichkeiten.

Im Spinnstoffgewerbe war in Singen nicht ganz zu befriedigende Nachfrage nach Facharbeitern. Eine größere Nachfrage konnte infolge Neuzugangs von Aufträgen eine Anzahl Arbeitskräfte einstellen.

Das Angebot an Arbeitskräften überstieg jedoch in der Papierindustrie die Nachfrage. Während tüchtige Schneider und Küfer ständig gesucht blieben, sah sich ein größeres Sägewerk wegen Absatzmangel infolge der hohen Preise zu einer Betriebs-einschränkung gezwungen.

Das Tabakgewerbe liegt infolge des bestehenden Einfuhrverbots für Rohstoffe darunter, so daß ein Überangebot an Arbeitern dieser Industrie vorliegt. Das letztere gilt auch immer noch für Baden.

Im Baugewerbe wurden verschiedentlich Arbeitseinstellungen vorgenommen, so daß die Nachfrage nach Arbeitskräften wenn auch noch immer regte, so doch nicht mehr so stürmisch war, als während der letzten Monate.

Bei der großen Dienstmädchennot machte sich in einzelnen Landesteilen die Abwanderung von Mädchen nach Holland wieder unangenehm fühlbar.

Betriebs-einschränkungen mußten bei sieben Betrieben vorgenommen werden, wovon insgesamt 225 Männer und 150 Frauen betroffen sind.

Deutschland u. der Völkerbund.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Reichs-Korrespondenz „Nord-Süd“ folgende Ausführungen ihres Berliner Mitarbeiters:

Der englische Staatsmann Lord Robert Cecil, der in Genf einen überaus anerkanntwertigen Kampf für die Befriedung der Reparation als Weltproblem kämpft, hat in einem Telegramm an den in London tagenden Völkerbundverein sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß Deutschland nicht seine Aufnahme in den Völkerbund beantragt habe; bei der gegenwärtig herrschenden Stimmung wäre der Antrag ohne Zweifel angenommen worden. Man wird von dieser Ansicht gern Kenntnis nehmen, ohne daß man deshalb zuzugeden braucht, daß in dieser Angelegenheit irgend etwas versäumt worden wäre. Zunächst einmal handelt es sich um die private Meinung des genannten englischen Staatsmannes, der nebenbei bemerkt beim Völkerbund nicht etwa das englische Mutterland, sondern Südafrika vertritt, dessen politische Grundgebungen aber außerdem häufig einen stark persönlichen Einschlag aufweisen; und wenn man im übrigen nicht zu bezweifeln braucht, daß auch die englische Regierung als solche einem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund geneigt wäre und uns jedenfalls keine Schwierigkeiten machen würde, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß die Dinge wirklich so verlaufen wären, wie Lord Cecil es sich vorstellt. Aus Frankreich sind auch in der allerletzten Zeit noch allerhand unfreundliche Stimmen über ein etwaiges Aufnahmegebet Deutschlands laut geworden und man weiß, daß die unbedingte Gefolgschaft Frankreichs beim Völkerbund immer noch groß genug ist, um einen Widerspruch von dieser Seite unter allen Umständen eine beachtenswerte Stimmenzahl zu sichern.

Was die Äußerung Lord Cecils veranlaßt hat, ist selbstverständlich die Aufnahme Ungarns in den Völkerbund, die schließlich einstimmig erfolgt ist, obwohl der Vertreter der kleinen Entente zunächst einige vernünftige Erklärungen abgegeben hatte. Das Verhältnis zwischen Deutschland und dem Frankreich Poincarés steht aber doch noch auf einem anderen Blatte und unserer Erachtens sollte von deutscher Seite irgend ein Antrag nicht gestellt werden, so lange es nicht feststeht, daß er überhaupt ohne Widerspruch angenommen wird. Die Stimmung, aus der heraus seinerzeit dem Reichsminister Dr. Simons im Reichstag ausgejubelt worden ist, als er bemerkte, man möchte doch mit der Zurückverfolgung Deutschlands warten bis dieses sich um die Aufnahme in

den Völkerbund beworben habe, ist ja wohl in derselben Art und Stärke nicht mehr vorhanden. Man beurteilt die Dinge ruhiger und sachlicher und würde alles begrüßen, was moralische Anreize die Arbeit am Wiederaufbau Europas unmittelbar oder mittelbar fördern könnte, aber einen Grund, sich zur Aufnahme in den Völkerbund zu drängen, hat Deutschland immerhin auch jetzt noch nicht. Vielleicht kann man sogar sagen, daß der Völkerbund Deutschland mehr braucht als umgekehrt. Daß Amerika nicht an den Beitritt denkt, ist erst neuerdings wieder mit großer Entschiedenheit erklärt worden und auch Rußland und die Türkei stehen unter gegenwärtigen Verhältnissen noch weit abseits. Was aber stärker ins Gewicht fällt, ist, daß die Völkerbundsanktion einen Teil des Versailles Friedens bildet, dem wir innerlich niemals zustimmen können, und daß der Völkerbund seine ganze Auffassung und Einstellung ändern möchte, wenn an ein freundliches und fruchtbares Mitarbeiter-Deutschlands zu denken sein sollte. Das müßte uns so recht zum Bewußtsein kommen, als beim Beginn der gegenwärtigen Genfer Tagung die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens in begeisterten Worten als eine förmliche Großtat gepriesen wurde, die allein schon die Daseinsberechtigung des Völkerbundes und seinen hohen Wert für die Menschheit beweise. Wir stehen demgegenüber auf dem Standpunkt, daß der Völkerbund mit dieser Entscheidung ein schweres Unrecht begangen hat, mit dem wir uns niemals ausöhnen können, und kaum minder anstößig ist die Haltung des Völkerbundes bezug des Völkerbundesrates in den Fragen des Saargebietes und seiner Bevölkerung. Auch da erweist sich der Völkerbund immer wieder als ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Siegerstaaten und zwar vor allem Frankreichs.

In eine solche Organisation als ein mehr oder minder geduldetes Glied einzutreten, hat Deutschland sicherlich auch jetzt noch keinen Anlaß und wenn der sozialdemokratische Parteitag in Augsburg einen Antrag des Reichstagspräsidenten Lobe gutgeheißen hat, der den Anschluß fördert, so kann man der ganzen Begründung dieses Antrages vollat zustimmen, ohne doch zu der Überzeugung sich betören zu lassen, daß jetzt schon der Zeitpunkt gekommen sei, an dem Deutschland unbeschadet seiner Würde und Ehre und in der Gewißheit eines fruchtbareren und erprobteren Wirkens seine Aufnahme in den Völkerbund nachsuchen könnte.

Die Wurzeln der franz.-engl. Gegnerschaft im Orient.

Wir geben im folgenden einen interessanten Aufsatz der „Zeit.“ wieder, der die Interessengegenstände der Westmächte beleuchtet und sich insbesondere mit Frankreichs Orientpolitik befaßt. Der Artikel lautet:

Wenn heute der erste Pfeiler des papierernen Gebäudes, das die Schulweisheit der drei Götter Wilson, Lloyd George und Clemenceau aufzurichten sich vermaß, zertrümmert am Boden liegt, so hat zu dem Erfolg der Regierung von Angora mindestens ebenso sehr wie die Gunst der militärischen Situation der während der Friedensverhandlungen nur oberflächlich überbrückte Interessengegenstände der Westmächte in fast allen Fragen des nahen Orients beigetragen. Dieser Gegensatz ist, wie in diesen Spalten des öfteren eingehend dargelegt wurde, schon sehr bald nach der Unterzeichnung des von den Türken niemals ratifizierten Friedens von Sèvres auf neue Artage getreten und hat seitdem von Monat zu Monat an Größe und Unersöhnlichkeit zugenommen.

Man macht heute in Frankreich Herrn Clemenceau den Vorwurf, daß er sich in dieser Frage, wie in so mancher anderen, von der Staatskunst und dem höchsten Weisheit Lloyd Georges gründlich habe überbieten lassen. Vergleicht man die in Sèvres erfolgte Regelung mit den Vereinbarungen des Jahres 1916, in denen die Kabinette von Paris und London die erste Aufteilung Vorderasiens in englische und französische Interessensphären vornahm, so hat es allerdings den Anschein als ob solche Vorwürfe nicht ganz unbedeutend wären. England, das nach dem Mißerfolg der Operationen an den Meerengen die Widerstände nicht nur der Militärs, sondern auch eines großen Teiles der öffentlichen Meinung in Frankreich gegen die von ihm gewünschte Fortsetzung der Operationen gegen die Türkei auf anderen Kriegsschauplätzen nur dadurch überwinden konnte, daß es die historischen Aspirationen Frankreichs im nahen Orient mächtig antastete, ging damals in seinen Zugeständnissen sehr weit. Die französische Einfluss-sphäre sollte bis Kurdistan reichen und der türkische West einiger strategisch wichtigen Gegenden sollte die wirtschaftliche Durchdringung sichern. Im Jahre 1919 aber scheint es Herrn Lloyd George nicht einmal sonderlich schwer gefallen zu sein, Clemenceau vor dem damals noch näherliegenden Expansionsideen zu bewegen. Frankreich wurde mit dem dornenvollen Mandat über Syrien abgestreift, das die Franzosen zwang, gegen die Kemalisten eine starke Truppenmacht zu unterhalten, dessen Nutzen dagegen stark beeinträchtigt wurde durch das Mandat, das die Engländer über Palästina, diese alte französische Interessensphäre, sich geben ließen. England dagegen konnte 1919 glauben, seine kühnsten Träume von einer völligen Be-

herrschung des nahen Orients ständen dicht vor der Verwirklichung. Seine Macht reichte von den Gestaden des Mittelmeeres bis zur Küste des Persischen Golfs, von den Schneebergen des Kaukasus bis zu den sonnenbeschienenen Wüsten Arabiens, Konstantinopel mit den Meerengen, Mesopotamien, Bagdad, Transkaspien bis hinunter nach Persien, kurz ganz Vorderasien schien für die Einverleibung in das britische Reich reif. Da warf die Erhebung der Kemalisten gegen die Auflösung der Türkei dieses stolze Gebäude über den Haufen. Die Abneigung der Öffentlichkeit und der parlamentarischen Opposition gegen weitere Kriegsabenteuer im Orient und die Lage in verschiedenen Teilen des Reichs hatten England gezwungen, seine Truppen in Vorderasien auf ein Minimum herabzusetzen, das dem Vordringen Angoras keinerlei Widerstand entgegenzusetzen vermochte. Noch einmal gelang es zwar der englischen Staatskunst, Griechenlands Großmachtswahn den eigenen Zielen dienstbar zu machen. Durch einen Beschluß des Obersten Rates wurde Griechenland als Generalkommandant der Entente mit dem Mandat betraut, der Regierung von Angora die Anerkennung des Friedens von Sèvres aufzuzwingen. Allein der ausgespielte Trumpf versagte. Nach anfänglichen Erfolgen stockte der griechische Vormarsch. Angora hielt sich, nachdem die griechischen Armeen fast unmittelbar vor seinen Toren zum Stehen gebracht waren. Und England mußte der neuen Lage bereits auf der Orientkonferenz in London im Frühjahr 1921 durch Verzicht auf eine ganze Reihe seiner früheren Forderungen Rechnung tragen. Dazu kam in der Folge die Stärkung der diplomatischen Position der Türken durch Frankreich nach Abschluß des Abkommens von Angora im November 1921.

Die Wendung der französischen Orientpolitik zugunsten der Türken ist verhältnismäßig jungen Datums. Clemenceau war ein erbitterter Feind der Türken, denen er es nicht verzeihen konnte, daß sie durch die Schließung der Dardanellen nicht nur eine beträchtliche Armee in weiter Entfernung von dem für das Schicksal Frankreichs allein entscheidenden Kriegsschauplatz im Westen festgehalten, sondern dadurch auch eine wirksame militärische Kooperation zwischen den Ozeanen der Westmächte und denen Rußlands unmöglich gemacht hatten. Die Türkei, antwortete er auf den Protest der türkischen Friedensdelegation gegen die Härte der Friedensbedingungen, habe als gefügiges Werkzeug Deutschlands jeden Anspruch auf Schonung verloren. Sie habe außerdem durch die Grausamkeit ihrer Kriegsführung ihre Unfähigkeit, über Angehörige fremder Nationen zu herrschen, bewiesen und damit jedes Recht auf die von ihr beanspruchten Gebiete verwirkt. Und noch im Juli 1920 erklärte Millerand, der damalige Ministerpräsident, daß die Alliierten außerstande seien, „irgendwelche Änderungen an dem Vertrage von Sèvres zuzulassen, der Thrazien und Smyrna, die beide nur von türkischen Minderheiten bewohnt seien, endgültig von der türkischen Herrschaft befreie.“ Seitdem aber klingt die Sprache der französischen Diplomatie wesentlich anders. Briand und Poincaré haben sich in offensichtlichen Gegensatz zu ihren Vorgängern bekehren lassen, daß diese beiden Gebiete ethnographisch zur Türkei gehören, und es ist danach nicht ganz ohne Komik, wenn heute von Paris aus England der Vorwurf gemacht wird, daß seine Politik im Orient der einheitlichen Linie und der Folgerichtigkeit entbehre.

Die neue Orientierung der französischen Politik, die um die Jahreswende 1920/21 begonnen hat, geht auf zwei Ursachen zurück, zunächst eine rein sentimentale.

Die Sympathien, die man in Paris für das benachteiligte Griechenland hegte, schlugen in jähre Feindschaft um, als das griechische Volk den französischen Wünschen entgegen König Konstantin, den die Franzosen auch heute noch als den Schwager Wilhelms II. mit ihrem Haß verfolgen, auf den Thron zurückberief. Das brachte zunächst eine gefühlsmäßige Umstellung, die sich die leitenden Männer von Angora mit diplomatischem Geschick zunutze zu machen verstanden. Frankreich befand sich damals noch im Kriegszustand mit Angora. Der Schutz Syriens erforderte eine starke Besatzungsarmee, die Kämpfe in Cilicien waren zudem außerordentlich verlustreich — die Belastung des französischen Budgets war so erheblich, daß die Kammer mit wachsendem Nachdruck die Liquidation des orientalischen Abenteuers verlangte. Angora bot zunächst einen Waffenstillstand an, und es wählte sein Angebot so verlockend zu machen, daß die französische Regierung trotz der alle Ententeregierungen bindenden Verpflichtungen, keinen Sonderfrieden ohne die Zustimmung der anderen Verbündeten zu schließen, Herrn Franklin-Bouillon mit sehr weitgehenden Vollmachten nach Angora entsandte. Die Verhandlungen, die fast sechs Monate dauerten, führten zum Abschluß des Vertrages von Angora, der von den Franzosen lediglich als der Abschluß eines Waffenstillstandes bezeichnet wurde, der in Wirklichkeit aber bereits der endgültige Friedensschluß war u. darüber hinaus in seinen geheimen Klauseln, die nach neuem Muster nur in einem Austausch schriftlicher Erklärungen niedergelegt sind, bereits den Charakter eines Bündnisvertrages annahm. In einem dieser Briefe versichert, wie s. B. die „Europe Nouvelle“ mitteilte (Nr. 12 v. 25. März 1922), der offizielle Vertreter Frankreichs, daß der Vertrag von Angora „den definitiven und dauernden Frieden zwischen Frankreich und der Türkei wiederherstelle“. Ein zweiter enthielt nach der gleichen Quelle französische Zusagen hinsichtlich der Lieferung von Waffen und Munition. Daß die letzte erfolgreiche Offensive der kemalistischen Armee von Frankreich veranlaßt und daß an ihrer Vorbereitung und Durchführung zahlreiche französische Offiziere in den türkischen Armeestäben mitgewirkt haben, wird von einer Reihe französischer Blätter ganz offen zugegeben. Darüber hinaus aber schreibt Frankreich bereits im Vertrag von Angora gewisse Verpflichtungen zur diplomatischen Unterstützung der türkischen Ansprüche auf Kleinasien in seiner Gesamtheit, auf die Rückgabe Thraziens einschließlich Adrianopels und die Wiederherstellung des Status quo ante in Konstantinopel und den Meerengen übernommen zu haben.

Die Vorteile, die Frankreich aus diesem Abkommen zog, beschränkten sich keineswegs auf die militärische und finanzielle Entlastung seiner Position in Syrien, obwohl in der späteren Auseinandersetzung mit England dies neben der Räumung Ciliciens und der Auslieferung mehrerer tausend französischer Gefangener als die einzigen Ziele des getroffenen Sonderabkommens bezeichnet wurde. Insbesondere scheinen es Vorteile wirtschaftlicher Natur gewesen zu sein, die Frankreich bestimmten, sich den Verpflichtungen gegen seinen Verbündeten zu entziehen. „Die Türkei hofft“, hieß es in dem Schreiben der Regierung von Anzora, „daß die französische Regierung das französische Kapital ermächtigen wird, in wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen mit ihr zu treten.“ Die französische Regierung hat diesen Wink verstanden und das französische Kapital hat diese Ermächtigung zu nutzen gesucht. Ein beträchtlicher Anteil an der Bagdadbahn und reiche Vorkommen an Eisen, Chrom und Silber gingen sofort in französische Hände über und außerdem wurde Frankreich das Monopol für alle späteren Konzessionen an Bergwerken, Eisenbahnen, Flußregulierungen und Hafenanlagen in diesem Gebiet zugesichert. Aber gewisse Abmachungen über den Schutz der etwa 2 1/2 Milliarden Francs, die Frankreich in der Vorkriegszeit in allen Teilen des türkischen Reiches investiert hat, scheinen getroffen worden zu sein. Es sind also keineswegs bloß etwa vorhandene Sympathien platonischer Art, die Frankreichs augenblickliche Haltung im Orientkonflikt bestimmen. Außer dem recht beträchtlichen materiellen Kaufpreis, den Anzora bereits für die Unterstützung bezahle mußte, rechnet man in Frankreich sehr stark auf die Rückwirkungen, die seine Rolle als Beschützerin der neuerrichteten Türkei auf die mohammedanische Bevölkerung seiner eigenen Kolonien haben werde. Wenn allerdings die Pariser Presse täglich mit Meldungen über die Unklarheit der gesamten muslimanischen Welt und über das wachsende Prestige Frankreichs im ganzen Orient aufwartet, so nimmt man das selbst in Frankreich nicht überall für bare Münze.

Politische Neuigkeiten. Die Tarifierhöhungen.

Man schreibt uns:
Die deutsche Reichsbahn hatte zur Dedung der fälligen und persönlichen Mehrkosten, die die Feuerungswelle des August brachte auf 1. Oktober eine Erhöhung der Gütertarife um rund 33 Prozent der Personentarife um rund 50 Prozent vorgesehen. Bei den Beratungen des Reichsbahnrats, der Ende August die Neugestaltung der Gütertarife und die Einarbeitung dieser Erhöhung zu begutachten hatte, fand die allgemeine Tarifpolitik der Verwaltung die Zustimmung dieser das gesamte deutsche Wirtschaftsleben vertretenden Körperschaft. Gewichtige Stimmen aus Industrie- und Handelskreisen sprachen sich damals für eine noch schnellere Anpassung der Reichsbahntarife an die Geldentwertung aus.

Die sprunghaften Preissteigerungen für Material und die Steigerung der Personalkosten im Monat September haben, wie bei allen wirtschaftlichen Unternehmungen, so auch naturgemäß bei der Reichsbahn zu einem erneuten Mißverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen geführt.

Während in dem Haushalt 1922 nach dem Stand vom 1. April die Gesamtausgaben der Reichsbahn für das Rechnungsjahr auf rund 100 Milliarden veranschlagt worden waren, trieb sie die Marktentwertung:

im Mai auf 131 Milliarden, im Juni auf 153 Milliarden, im Juli auf 195 Milliarden, im August auf 235 Milliarden, im September auf 395 Milliarden (nach dem neuesten Stande geschätzt).

Die Einnahmen hielten infolge der entsprechenden Gestaltung der Tarife und veranlaßt durch den harten Personen- und Güterverkehr nicht nur mit den Ausgaben Schritt, sondern übertrafen sie für die ersten 3 Monate des Rechnungsjahres 1922 (April bis Juni einschl.) um rund 25 Milliarden Mark.

Während die bisherige Entwicklung auch für das 2. Vierteljahr ein Gleichgewicht des Haushaltes erwarten läßt, werfen die Septemberberichte die bisherige Berechnung für die 2. Hälfte des Rechnungsjahres über den Haufen; sie bringen eine Ausgabensteigerung für die Zeit vom Oktober 1922 bis Ende März 1923 von monatlich 26,6 Milliarden Mark. Diese sind nach den obigen Ausführungen durch die für den 1. Oktober vorgegebene Tarifierhöhung noch nicht gedeckt.

Die monatliche Ausgabensteigerung verteilt sich auf: persönliche Kosten mit 10,2 Milliarden Mark, sächliche Kosten mit 16,4 Milliarden Mark.

In letzteren drücken sich die gewaltigen Preissteigerungen für die nötigsten Materialien der Reichsbahn aus. So stieg z. B. in der Zeit von wenigen Wochen (August-September 1922) der Preis der deutschen Kohle von 2000 M. auf 5500 M., also um 175 Proz., der Preis für die Tonne Schienen 20 600

Mark auf 50 000 M., also um 248 Proz., der Preis für die Tonne Eisenbahnen 20 900 M. auf 51 000 M., also um 244 Prozent, der Preis für die Tonne Stabeisen 19 470 M. auf 46 900 M., also um 240 Prozent, der Preis für 1 Kubikmeter Kiefernholz 8000 M. auf 25 000 M., also um 313 Proz., der Preis für Radfahre von 35 700 M. auf 86 000 M., also um 239 Prozent.

Am stärksten schlagen von diesen Steigerungen die Ausgaben für die Kohle zu Buch, die rund 1/4 der Gesamtausgaben der Reichsbahn ausmachen. Dabei ist es der Reichsbahnverwaltung noch gelungen, den relativen Kohlenverbrauch systematisch herabzumindern, so daß hier große Ersparnisse erzielt worden sind, die allerdings durch die Preissteigerung wieder verschlungen werden. Während der Kohlenverbrauch auf 1000 Lokomotivkilometer 1919 noch 22 Tonnen betrug, ging er 1920 auf 19,23 Tonnen, 1921 auf 17,9 Tonnen zurück. Im laufenden Geschäftsjahre ist er weiter gesunken auf 17,7 Tonnen im April, auf 16,5 Tonnen im Mai und auf 16 Tonnen im Juni.

Die errechnete monatliche Mehrausgabe von rund 26,6 Milliarden muß in der Hauptsache durch eine weitere Erhöhung der Tarife sowohl der Güter- wie Personentarife ausgeglichen werden. Zu diesem Zweck werden die Gütertarife zum 1. Oktober statt wie ursprünglich vorgesehen um 33 Prozent im ganzen um 100 Prozent gegenüber den Septemberberäufen, ferner die am 1. Oktober in Kraft tretenden, um 50 Prozent erhöhten Personentarife vom 1. November ab um weitere 100 Prozent erhöht.

Die neuen Sätze ergeben bei dem Gütertarifen das rund 27fache, bei den Personentarifen das rund 45fache der Friedenssätze. Vergleicht man diese Durchschnittserhöhungen mit den Indexzahlen für die hauptsächlichsten Ausgabeposten der Reichsbahn, so stellt sich heraus, daß das Untereinkommen aus seinen Gütertarifen die Preissteigerung für seine eigenen wichtigsten Bedarfsartikel noch nicht erreicht hat. Gegenüber dem 27fachen Betrag der Gütertarife steht z. B. das 43fache der deutschen Kohle, das 947fache der englischen Kohle, das 424fache der Schienen, das 468fache der Eisenbahnen, das 479fache des Stabeisens und das 446fache des Kiefernholzes.

Die Reichsbahn ist im übrigen bemüht, für Güter, deren Transportfähigkeit durch die Anpassung der Tarife an die Geldentwertung in Frage gestellt wird, Tarifermäßigungen in Erwägung zu ziehen. Zur Herabminderung der Ernährungsschwierigkeiten sind ferner stark ermäßigte Ausnahmetarife für wichtige Lebensmittel, insbesondere für Kartoffeln, vorgesehen. Am 16. September ist ein Ausnahmetarif für Obst in Kraft getreten, der Ermäßigungen bis zu 40 Prozent bringt. Es ist auch dafür gefordert, daß derartige Tarifermäßigungen mit größter Beschleunigung eingeführt werden können, um plötzlich auftretenden Schwierigkeiten gerecht zu werden.

Einigung der deutschen Sozialdemokratie.

Der Riefenruf des Herkules-Reliefes in Nürnberg, in dem die aus Augsburg und Gera zusammengekommenen Delegierten der beiden sozialistischen Parteien die auf den Parteitag schon beschlossene Einigung der Sozialdemokratie festlegen sollten, war schon lange vor Beginn der Sitzung von Arbeitern umdrängt, die sich einen Platz sichern wollten. Auf Vorschlag des Altersvorsitzenden Pfannkuch wurde Wels, bisher SPD, und Dittmann, bisher USPD, einstimmig zu Parteivorständen gewählt. Als Referenten des Parteitages wurden Hermann Müller und Arthur Crispian bestimmt. Hermann Müller, der bisherige Vorsitzende der SPD, bejahte die Frage, ob die Einigung von Dauer sein werde. Crispian, der bisherige Parteivorstand der USPD, betonte besonders die Bedeutung der Einigung der deutschen Sozialdemokratie für die Einigung der Sozialdemokratie aller Länder. Die Vereinigte internationale Sozialdemokratie werde in allen Ländern eine Macht darstellen, die letzten Endes auch die von kapitalistischem Imperialismus diktierten Friedensverträge beseitigen und die Völker zusammenführen werde zu einem wahren Völkerbund und zu einem wahren Völkerfrieden.

Wels begründete hierauf das von den beiden Parteien vereinbarte Aktionsprogramm für die vereinigten Parteien zur Abstimmung, welches einstimmig Annahme ergab und teilte mit, daß Karl Kaustk zum Vorsitzenden der Kommission zur Ausarbeitung des neuen Parteiprogramms bestimmt worden ist. Einstimmig wurden auch die von den beiden Parteien getroffenen organisatorischen Vereinbarungen angenommen. Ebenso fanden die Vorschläge für die Besetzung des Parteivorstandes und der übrigen Parteifunktionen die Billigung des Parteitages. Zu Parteivorstehenden wurden einstimmig gewählt Hermann Müller, Crispian und Wels. Wels begrüßte dann die vielen, aus den europäischen Ländern und Amerika erschienenen Vertreter der sozialistischen Parteien. In ihrem Namen sprach Annon (England). Er

feierte die Einigung der deutschen Sozialdemokratie als einen Erfolg für den internationalen Sozialismus. Bei seinem Aufenthalt im besetzten Rheingebiet habe sich seine Überzeugung bestätigt, daß diesen Zuständen ein Ende gemacht werden müsse.

Auf dem fünften Verbandstag des Augsburger Parteikongresses wurden folgende Richtlinien angenommen:

„Justizreformen waren in Deutschland seit Jahrzehnten allgemein als notwendig erachtet; sie zu schaffen, wurde im Kaiserreich unterlassen. Durch die westgeschichtlichen Geschehnisse unserer Zeit sind Reformen im Recht, das mit der Überbau über Staat und Gesellschaft ist, besonders vordringlich geworden. Die Richtlinien der Reformen sind gegogen:

1. Politisch durch die republikanische Staatsform des Deutschen Reiches und seiner Länder.

2. Wirtschaftspolitisch durch die Erkenntnis, daß die Arbeit die Hauptquelle jeglicher Wohlfahrt und des Glückes der Gesamtheit ist.

3. Ethisch durch den in der sozialistischen Weltbewegung der arbeitenden Massen neu erfindenden Grundgedanken der solidarischen Gemeinschaft aller schaffenden Menschen und des Gemeinwohles, der über dem Interesse des Einzelnen steht und dadurch der Schöpfer eben jedes Einzelnen wird.

Entsprechend der fortschreitenden Erkenntnis, daß die Arbeit des schaffenden Volkes die Grundlage des gesellschaftlichen und persönlichen Daseins ist, ist das Arbeitsrecht in einem umfassenden Gesetzeswerk festzulegen.

Die Bewirkung der aus der Arbeit hervorgehenden Rechte und Pflichten geschieht vor einem als staatlichen Sondergericht zu errichtenden Arbeitsgericht, das die erprobten Vorzüge der Kaufmanns- und Gewerbegerichte in sich aufnimmt. Letztere sind auch in den höheren Instanzen bei den ordentlichen Gerichten zuzugleichen.

Weiter ist zunächst zu fordern: Erhöhter Mieterschutz, Gleichstellung von Mann und Frau im Rechtsleben, Änderung des Scheidungsrechtes im Interesse von Ehe und Familie und entsprechend den Geboten der Wahrhaftigkeit, Schutz des Kindes und der Mutter in der Erkenntnis, daß Mutterpflicht und Kinderschutz ohne Rücksicht auf die gesetzliche Form der Eheschließung stets ein heiliges Gut sind.

Erweiterung des Erbrechtes zugunsten der Gesamtheit. Vereinfachung der Rechtsverfolgung, vor allem durch Einführung eines Güterverfahrens im Prozeß, wie im Vollstreckungsverfahren.

Das Verbrechen als soziale Krankheit hängt auf das innigste mit den gesellschaftlichen Zuständen eines Zeitalters zusammen.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung muß in ihrer Geistesbildung der Arbeit enden und der Einzelpersonlichkeit, mit ihrem Rassenelend der Millionen auf der einen, von Maximalismus einiger Weniger auf der anderen Seite eine Quelle ungezählter Straftaten werden. Die Kriminalitätsziffer des Kapitalismus wird wesentlich dadurch erhöht, daß die Bekämpfung des Verbrechens nach der von der Wissenschaft längst widerlegten Dogmen in eine positive Förderung des Verbrechens umschlägt.

Die Reform des Strafrechts kann nur unter dem Gesichtspunkte „Schutz der Gemeinschaft“ vor sich gehen. Das Ziel der Reform kann nur sein, den Verurteilten zu bessern, den Unverurteilten vor sich selbst und die Gesamtheit dauernd vor ihm zu schützen. Nach diesen Richtlinien ist an die Änderung der einzelnen Verbrechenstatbestände zu gehen.

Zur Strafreform ist der Laie unter Sicherung seiner freien Abstimmung zur Neuprüfung bei allen Gerichten der ersten und zweiten Instanz heranzuziehen.

Das gesamte Verfahren des Strafprozesses ist in dem Sinne zu reformieren, daß der Angeklagte eine dem Staatsanwalt vollkommen gleiche Partizipation erhält, daß die Rolle des Anklageprozeßes reiflos beseitigt, daß der Richter nur zur urteilenden Tätigkeit in der Hauptverhandlung berufen wird.

Das notwendige Vertrauen in die richterliche Tätigkeit hängt vor allem von der Ergänzung der Richterschaft durch Angehörige der unteren sozialen Klasse der Gesellschaft ab.“

Kurze polit. Nachrichten.

* **Deutsch-Ungarischer Studentenaustausch.** In den Monaten August bis September veranfaßte das Auslandsamt der Deutschen Studentenschaft im Einvernehmen mit dem Landesverband ungarischer Studierender einen deutsch-ungarischen Studentenaustausch. Der Austausch vollzieht sich in der Form, daß jeder deutsche Studierende, der nach Ungarn zu gehen wünscht, für die gleiche Zeit einem ungarischen Studenten, möglichst in der eigenen Familie, freie Unterkunft und Verpflegung zu gewähren hat.

Rund um den Lauterberg.

Alemannisch-Fälzischer Sonntag — Sonderzüge — Treudeutsch immerdar — Der Festzug — Ansprache des Staatspräsidenten — Lied der Dreihingelwänner — Der Herbstwoche Ende.

Sonntag, 24. September 1922. . . früh halb sieben Uhr. Vom reichlichen Maß genossener Herbstwoche-Veranstaltungen noch schlummernde, erwacht der Journalist, Reporter und Kritiker. Zum Fenster blickt ein hellfreudiger Sonntag herein. Über die nahen Baumwipfel der Weierheimer Allee hüpfen plötzlich lustige Reigen einer frohen Sonntagsmusik. Ein Marsch wird intoniert. Die verschlafenen Gedanken beginnen sich im Augenblick zu ordnen und marschieren der Gehirngentrale zu — sofern noch all der Herbstwodenhebe beim Journalisten noch eine anzunehmen ist — und posieren ihrerseits in das Mut: Alemannisch-Fälzischer Sonntag! Eine Viertelstunde später bin ich am Hauptbahnhof. . .

Reidter Nebel schiebt sich herab. Auf dem weiten Bahnhofspfad herrscht reges Leben. Unter Jubel und Musikhallen sind schon zwei große Sonderzüge aus Pirmasens angekommen. Aus einem Herold zu Pferd versammeln sich immer mehr Ankömmlinge. Die Fälzler „Landser“ werden in den Stadtgarten zum Schwarzwalddomus geleitet. Verkehrsleiter Lacher und der erste Vorstand des Fälzler-Baldvereins, Dr. Schmitt, halten Begrüßungsansprachen, welche mit Beifall jedesmal aufgenommen werden. Einem Festredner, mit einer roten Binde am Arm, sehe ich über die Schulter. Er studiert ein Blatt. Der nachweise Journalist erwirbt folgende Angaben:

Sonntag, den 24. September 1922:
vorm. 6,55 Uhr: 1. Zug von Pirmasens.
vorm. 7,20 Uhr: 2. Zug von Pirmasens.
vorm. 8,12 Uhr: Zug von Landau-Sambach-Neustadt.
vorm. 8,24 Uhr: 1. Zug von Zweibrücken.
vorm. 8,45 Uhr: Kurzug von Landau-Neustadt.
vorm. 9,02 Uhr: 2. Zug von Zweibrücken.
vorm. 9,24 Uhr: 3. Zug von Pirmasens.
vorm. 9,49 Uhr: 4. Zug von Pirmasens.

Dem Ruf zur Beteiligung am Karlcrüher Alemannisch-Fälzischen Sonntag sind die Bewohner der saarländischen Grenzgebiete am ersten gefolgt. Am Sonntag mittag 2,13 Uhr trafen bereits die Saarländer aus dem Westrißig an hier ein. Sie wurden im Palmengarten in einem wohlverlaufenden Begrüßungsabend willkommen geheißen. Herr Rader und Dr. Schmitt wiesen auch dort auf den Zweck und die nationale Doppelbedeutung der Herbstwoche und des Festsonntags hin. Bedeutsame Reden hielten Lehrer Dr. Bauer aus St. Martin, der Vorsitzende des Fälzlerwaldvereins Dr. Stab (Ludwigschafen), sowie namens der Vorbesatz Stadttrat Pfamhuber (Verzabern).

Schmude Mädels in weißen Häubchen und fackig frohen Trachten zogen durch die Straßen. Die Stadt hat schon früh ihren Rhythmus bekommen. Vater Lauterberg blickt ganz erstaunt auf das bunte Treiben herab. Mit heller Stimme ruft ein Straßenbedienter sein, in gleichen Intervallen sich wiederholendes: „Reisprogramm“ in die Menge. Ein Preisverkäufer wird bestirmt. Die Straßenbahnen füllen sich mit vielen Sprossdialekten. Unablässig peilt die Wohnhofhalle Menschen aus. Auf dem Blase stehen ungeliebte Schildträger, die meisten mit den Ortsgruppen-Ausschriften des Fälzlerwaldvereins aus: Neustadt, Roshammer, Edenleben, St. Martin, Thaleschweiler, Homburg, Ruffdorf, Gauenstein, Sambach, Rhot, Romwig, Speyer, Ludwigschafen, Mandheim u. v. a. mehr.

Die Eisenbahnverwaltung hatte eine Riefenaufrage zu leisten. Der Andrang war über alle Erwartung. Unablässig rollten die Züge ein. Sonderzüge, Vor- und Nachzüge. Es gab Verschiebungen, Verspätungen. Die Heidelberger kamen statt 9,37 vormittags erst 10,45 Uhr an. Begleitet wurden die Ankömmlinge aus allen Gegenden des Landes und der Nachbarländer empfangen. Weitaufsteigende Verwandte, Bekannte saßen sich seit langem wieder. Trachten brachte der Oberländer Schnellzug und Sonderzug. Freudig begrüßt wurden die 10,15 Uhr angekommenen Genossen mit der schmucken Kapelle des Pannauer Musikvereins, Kehl. Sie tragen

rote Westen, Pelzmützen und weiße Leinwand. Unablässig dränge sich die Menge in der Wohnhofhalle. Eine ländliche Bauernfrau brachte Körbe mit Obst. Ein löswilliger Sad öffnete sich an der Seitennah und mitten zwischen die vielen hundert Hüge der Partenden und Ankömmlenden tollerten die Früchte, was einiges zorniges Aufsehen erregte. Spitzwag stand grinsend in der Ecke. Murillo sah seine Gassenkinder wieder verziogene Früchte naschen — sie schmecken am besten

Aber den Hauptern der tausendköpfigen Menge leuchteten große weiße Plakate mit reifen Lettern. „Saarländer“ sammelten sich dort und Sprüche aus Volksmund besagter schlich:

Falsch und Saar,
Es bleibt wie's war:
Deutsch immerdar!

Aus den Zügen, aus ihrer Heimat, bringen sie diese Inschriften schon mit. Frauen und Männer, Knaben und Mädchen, tragen dieses Bekenntnis ihres Herzens auch nach außen hin sichtlich an Hüten und an die Kleider geheselt. Ähnlich lauten Sinnprüche des Fälzlerwaldvereins. Da lautet ein Spruch: „Fälzlerwälder von der Saar, treudeutsch immerdar!“ Viel Beifall erregen die Pannberger Bersichtemacher bei der Ankunft. Ein jeder trägt einen zierlichen Korbchen in der Hand. Tannenbäumchen werden nachgetragen und voraus schreitet in blasser Leinwand ein „Werschiehännle“ mit feinsten Pannberger Bäckereiarbeit. Schwarzgelbe Fahnen wehen über kommenden Gruppen, den pfälzische Löwe im Feld. Der Humor springt von den Ankömmlingen zu den Sarrenden über. Weinlächer werden vorbeigefahren, aus Fenstern winkeln die Karlcrüher Frauen und Mädchen.

Achttausend Teilnehmer waren mit Sonderzügen fest angemeldet. Freuden brachte allein 2000. Karlcrüher war plötzlich eine brodelnde Großstadt, deren zahllosen Fahnen sich über dem kaum übersehbaren Treiben flatterten. Regen tropfen hingen sich gegen Mittag unerbitlich an den Fahnen